

Die „Vorläufer“ erscheinen wöchentlich am Samstag und Sonntag...
Verkaufsstellen: Berlin 42, Breite Straße 20b.

Die schlagfertige Konsumverflechtung über dem Meer...
Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

GTREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor entscheidenden Maßnahmen der Arbeiter

Kahr hat keine Zeit!

Äußerst kritische Lage

Drahtmeldung unserer Korrespondenten

München, 6. September.

Die Lage in Bayern ist immer noch äußerst kritisch. Die sozialistischen Parteien und die Landtagsfraktionen hatten eingehende Besprechungen, in denen die gesamte politische Situation besprochen wurde. Heute war der Ausschuss der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns in München versammelt, um zur gegenwärtigen Lage in Bayern Stellung zu nehmen. Die Konferenzvertreter der acht bayerischen Kreise suchten im Laufe des Vormittags eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten v. Kahr nach. In der Besprechung sollte eine Erklärung begründet werden, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Sicherung der demokratischen Republik fordert. Der Ministerpräsident hatte zur Besprechung keine Zeit, trotz der Dringlichkeit der Sache. Im Laufe des Nachmittags erfolgte eine Vertretung der Besprechung auf Mittwoch. Die Konferenz sah sich daher gezwungen, diejenigen Maßnahmen vorzubereiten, die sich unter Umständen als notwendig erweisen wenn die bayerische Regierung fortzuführen sollte, auf ihrem bisherigen Standpunkt gegenüber der Reichsregierung zu beharren.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Ständigen Ausschusses des bayerischen Landtages forderten die sozialistischen Parteien Auskunft von der Regierung über die Koburger Vorgänge und über die Vorgänge bei den Münchener Demonstrationen, sowie über die Absichten der Regierung hinsichtlich der Verhandlungen mit der Reichsregierung. Staatssekretär Schweyer verweigerte jede Auskunft, da die Verhandlungen mit der Reichsregierung noch schweben. Ein Antrag der sozialistischen Parteien, der Ständige Ausschuss möge morgen zur Aufhebung des Belagerungszustandes und der Koburger Vorgänge Stellung nehmen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

Die Lage ist äußerst kritisch und die bayerische Regierung glaubt, die offene Widerständigkeit gegen die Anordnungen der Reichsregierung ergänzen zu können dadurch, daß sie die Arbeiterkraft mit Vertreibungen hinhält. Die obige Meldung zeigt, daß die Vertretungen der proletarischen Organisationen dieses Spiel nicht länger mitmachen werden. Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit ist entschlossen, der bayerischen Willkürherrschaft ein Ende zu machen.

Montag Abend war in Nürnberg eine Versammlung der Vertrauensleute der S. P. D. über 500 Delegierte, zum Teil aus Nürnberg, Mittel-, Ober- und Unterfranken, sowie der Pfalz waren anwesend. Hermann Müller hielt ein längeres Referat, in dem er sich über die politische Lage äußerte und die Wege besprach, die eingeschlagen werden sollen, um dem System Kahr-Bochner ein Ende zu machen. Nach seinen Ausführungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Funktionärversammlung der S. P. D.-Führer verpflichtet sich, alle Maßnahmen mit Opferbereitschaft zu unterstützen, die die Aufhebung des Ausnahmezustandes zum Ziele haben. Die Funktionärversammlung erwartet von den Vertretern der Partei in Bayern, daß sie alle Wege auf das Ernsthafteste in Erwägung ziehen werden, die, sei es selbst die Trennung von Bayern oder einen unbefristeten Generalstreik, dem Ausnahmezustand ein Ende bereiten.

Die Kahrregierung und ihre Hinterlassen aber wollen noch immer nicht daran glauben, daß ihre Stunde geschlagen hat. Der bayerische Ministerpräsident hat in der Ministerratssitzung vom Montag jeden Abbau des Ausnahmezustandes in Bayern rundweg abgelehnt. Das scheint selbst in einem Teil der bayerischen Koalitionsparteien zu weit zu gehen. In einer interfraktionellen Beratung soll festgestellt worden sein, daß die Haltung der Koalitionsparteien in ihrer Mehrheit so wesentlich von dem im Ministerrat vertretenen Standpunkt des Ministerpräsidenten Kahr abweicht, daß es in Frage gestellt werden müsse, ob ein Ausweg zwischen beiden Auffassungen möglich ist, oder ob Herr v. Kahr es vorziehen wird, für sich und sein Ministerium die parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen. Die parlamentarische Koalition soll in ihrer Mehrheit entschlossen sein, es nicht zu einem Bruch mit der Reichsregierung kommen zu lassen. Der Reichsinnenminister Landt hat dem bayerischen Landtag bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht, und das habe den Verhandlungswillen des Bayerischen Bauernbundes und der Demokraten gestärkt. Die Haltung der bayerischen Demokraten ist noch durchaus unzulänglich. Sie scheinen sich der Hoffnung hinzugeben, daß Herr von Kahr zurücktreten werde, wenn ihm ein Teil der Koalitionsparteien in der Frage des Verhältnisses Bayern zum Reich die Gefolgschaft aussage. Dabei läßt sich fest, daß die Herrschaft des Herrn von Kahr nicht auf ein parlamentarisches Votum stützt, sondern lediglich auf das Diktat einiger Militärs, wie des

Generals Noehl und des Obersten Epp zurückzuführen ist, und daß hinter ihm außer den Einwohnerwehren des Herrn Eberich nicht viel mehr steht. Herr von Kahr wird also nur ein Lächeln dafür übrig haben, wenn man ihm jetzt mit parlamentarischen Formalien nahekommt; Leute von dieser Gattung weichen nur zurück, wenn sie sich einem geschlossenen Willen gegenüber sehen.

Die Herausforderung der Reichsregierung durch die bayerische Regierung in dem Falle der „München-Augsburger Abendzeitung“ erscheint in noch viel schärferem Lichte, wenn man liest, was in diesem Blatte der Freiherr Fr. W. von Bissing ausgeführt hat:

Der Herr Reichspräsident und der Herr Reichskanzler, vielmehr die Herren, die gegenwärtig die Geschäfte dieser Ämter wahrnehmen, rufen auf zum Kampf gegen den immer zunehmenden Verfall der öffentlichen Sitten. Der Kultur kommt um fast drei Jahre zu spät: er hätte am 5. November 1918 erlassen werden sollen, als deutsches Matrosen-Gesindel, Fahnenflüchtige und Eidbrüchige die gegenwärtig Ordnung einleiteten, als gemeine Verbrecher und Zuhälter, Tagediebe und Verwirrte der überwiegenen Mehrheit des deutschen Volkes, den Kämpfern um Deutschlands Ehre, Gewalt antaten und ungezählten Millionen wider Recht und Gesetz eine Verfassung gewaltsam aufdrangen, die ein Mal ewiger Schande in unserer Geschichte bleiben wird, eine Verfassung, zu deren Anerkennung keine Macht des Himmels und der Erde einen Deutschen zwingen kann, weil sie das Ergebnis von Bruchialgewalt und Freigabe ist, weil es keine größere Lüge gibt als die, daß das deutsche Volk sich aus freiem Willen diese Verfassung gegeben habe. Damals kam in unser öffentliches Leben der Geist der Gewalttätigkeit, der fortwährend Böses muß gebären.

Daß dieser freiherrliche Wicht die revolutionären Arbeiter und Soldaten vom November 1918 in der niederträchtigsten Weise beschimpft, nehmen wir ihm weiter nicht übel. Vielmehr gehört er auch zu jenen Freigelassenen, die sich damals vor dem Volkszorn verkrüppelt haben und jetzt dafür, daß man sie nicht zur Rechenschaft gezogen hat, mit Unflätigkeiten quittieren. Aber eine Sache der Regierung ist es, wenn die Nationalversammlung, die die Verfassung beschlossen hat, als „gemeine Verbrecher und Zuhälter, Tagediebe und Verwirrte“ bezeichnet wird. Deshalb war es von ihr noch äußerst gelinde gehandelt, daß sie die bayerische Regierung zum Einschreiten gegen das Blatt aufforderte, statt vor sich aus die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen durchzuführen. Die Kahrregierung hat sich dem widersetzt und damit ihre Seelengemeinschaft mit dem freiherrlichen Schimpfbold bekräftigt.

Eine Irreführung der öffentlichen Meinung

M. I. B. teilt mit: Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ veröffentlichten Münchener Zeitungen einen vom Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates ausgearbeiteten Plan zur wirtschaftlichen Gliederung des Reiches, um an ihn die Bemerkung zu knüpfen, daß er eine Teilung Bayerns in Nord- und Südbayern vorsehe, somit Bayern mit der Posttrennung Frankens bedrohe. Damit ist einer der Desinfektoren seit Tagen bekannten Angelegenheit eine durchaus unzutreffende Bedeutung beigelegt. Es handelt sich um eine Arbeit des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrates, an der nicht nur der frühere sozialistische Reichstagsabgeordnete Cohen (Neub.), sondern auch das Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Oberbürgermeister Nitzlaff, der der Deutschen Volkspartei angehört, als Referent beteiligt war. Der Plan betrifft die Einteilung des Reiches in Bezirkswirtschaftsräte und gehört mit zu den vorbereitenden Arbeiten für die endgültige Organisation des Reichswirtschaftsrates. Er hat lediglich wirtschaftliche und nicht die geringste politische Bedeutung. Es ist eine ungeheure Verdrehung der Tatsachen, wenn man diesen Plan als Beweis für einen haßhaftigsten Eingriff in die politische Gliederung des Reiches hinstellen will. Eine derartige Verdächtigung muß als bewußte Irreführung der bayerischen öffentlichen Meinung bezeichnet werden.

Es soll weiter verhandelt werden

München, 6. September.

Unter der Überschrift „Bayern und das Reich“ teilt die „Bayerische Staatszeitung“ mit: Heute vormittag traten fast alle Fraktionen des Landtags zu Beratungen zusammen. Um 11 Uhr versammelten sich die Führer der Koalitionsparteien, um zur Lage und den gestrigen Beschlüssen des Ministerrats Stellung zu nehmen. Den Beratungen wohnten auch Ministerpräsident Dr. von Kahr und Staatssekretär Dr. Schweyer bei. Das Ergebnis der Beratungen war, wie wir erfahren, daß Übereinstimmung dahin erzielt wurde, daß mit Berlin wegen der Frage der Verordnung des Reichspräsidenten und des bayerischen Ausnahmezustandes weiter verhandelt werden soll. Zu diesem Zweck werden sich Staatssekretär Dr. Schweyer mit zwei Referenten und die Abgeordneten Feld (Vorsitzender der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei) und Dr. Dier (Führer der demokratischen Landtagsfraktion) nach Berlin begeben.

Die Erwerbslosen

Arbeitsmarkt und Wirtschaftsleben

Der Kurs der Mark sinkt, das deutsche Wirtschaftsleben wird von einer neuen Konjunkturwelle aufwärts getragen. Nicht nur die Preise für Getreide und Mehlprodukte, sondern alle Preise steigen, die Arbeiterschaft kämpft in zahlreichen Lohnbewegungen von neuem um das nackte Leben, das Unternehmertum häuft weitere Millionen Gewinne.

Die Verbesserung der Wirtschaftslage kommt zum Ausdruck in sinkenden Arbeitslosenzahlen. Für den Monat Juli liegen abschließende Angaben über den Stand der Arbeitslosigkeit vor, die eine gegen die Vormonate erheblich günstigere Gestaltung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt erkennen lassen. Die Statistik der Krankenkassen zeigte für den Berichtsmonat eine Zunahme von 53 571 Mitgliedern oder 0,4 Prozent. Die Arbeitslosenstatistik der Fachverbände ergab für den Juli eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit. Von 5 711 084 durch die Berichterstattung erfahren Mitgliedern waren am 30. Juli 143 375 oder 2,5 Prozent arbeitslos, während im Juni 3,0 Prozent, im Mai 3,7 Prozent und im April 3,9 Prozent als arbeitslos zu verzeichnen waren. Die Zahl der unterstützten Vollarbeitslosen sank von 315 458 am 1. Juli auf 309 424, am 1. August, d. h. um 46 034 oder 14,6 Prozent.

Diese etwas günstigere Entwicklung am Arbeitsmarkt, die bereits im Juni begann und sich durch den Juli hindurch fortsetzte, scheint auch im August angehalten zu haben. Abschließende Zahlen hierüber liegen noch nicht vor, aber die Berichte der preussischen Handelskammern an das Handelsministerium für den Monat August melden eine weitere Belebung fast aller Zweige des Handels und der Industrie.

Die Veränderung der Lage ist also unverkennbar, aber sie darf nicht zu übertriebenen Erwartungen und damit zu einer Täuschung der Öffentlichkeit und zu Versäumnissen in der Erfüllung der Pflicht der Gesamtheit gegenüber den Arbeitslosen führen. Wir haben kein Interesse daran, uns als Propheten des Glücks zu bewähren, aber wir möchten doch daran erinnern, daß die oben angeführten Zahlen immer noch die Höhe zeigen, die vor dem Kriege nur in Krisenzeiten, und zwar beim tiefsten Stand des wirtschaftlichen Barometers erreicht wurde. Das soziale Gewissen ist infolge der Gewöhnung an das Massenelend gegenwärtig stumpfer denn je, und darum kann eine Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt leicht die irrtümliche Meinung hervorruhen, der Jammer der Arbeitslosigkeit sei so gut wie überwunden. Vor solcher Leichtfertigkeit möchten wir warnen. Das Problem der Arbeitslosigkeit und ihrer Verhütung, das sich für uns in der gegenwärtigen Lage und angesichts der Aufgaben der deutschen Wirtschaft darstellen muß als das Problem der Rückermachung aller verfügbaren Arbeitskräfte im Interesse der Gesamtheit und der Verhütung der Verschlebung von Arbeitskraft in größerem Umfang — dieses Problem ist keineswegs gelöst. Es hat sogar den Anschein, als sollten wir die charakteristischen Züge der gegenwärtigen, seit Kriegsende fast ununterbrochen andauernden Erwerbslosigkeit an der Hand der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen erst jetzt in ihrer ganzen einschneidenden Eigenart kennen lernen.

Zunächst möchten wir daran erinnern, daß alle ernsthaften Beobachter, die Handelskammern sowohl, wie das „Reichsarbeitsblatt“, dem wir die obigen Zahlen entnommen haben, darauf aufmerksam machen, daß die gegenwärtige Belebung der Wirtschaft in erster Linie als Folge der gelungenen Marktkurse zu betrachten ist. Der Zustand ist also ein außerordentlich unsicherer. Wir haben schon einmal erlebt, daß eine Steigerung des Marktkurses eine liegende, endloses Elend verbreitende Wirtschaftskrise herbeiführt hat, und wenn wir die Befürchtung einer Wiederkehr dieser Erscheinung gegenwärtig damit beschwichtigen, daß eine Besserung des Marktkurses vorerst nicht zu erwarten ist, so wird die üble Lage damit nur noch besonders gekennzeichnet. Eine etwas größere Hoffnungslosigkeit gestattet dagegen die Erwägung, daß die letzte große Krise, die in der Besserung der Valuta ihren Ausgangspunkt hatte, fast zusammenfiel mit dem Beginn einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise, die allerdings jetzt ihr Ende erreicht zu haben scheint. In den Ländern, in denen Gunst oder Ungunst des Wirtschaftslebens nicht lediglich abhängig sind vom Steigen und Sinken der Valuta, in denen realere Grundlagen für das Wirtschaftsleben gegeben sind, sinkt die Zahl der Arbeitslosen erheblich, wie z. B. in England. Das läßt auch unsere Lage günstiger erscheinen, aber immerhin müssen wir auch in Zukunft damit rechnen, daß Schwankungen des Marktkurses, die sehr wohl möglich sind, das Elend der Arbeitslosigkeit bei uns wiederum ins Grenztotale führen.

Wir dürfen ferner die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, daß sich, wie wir schon mitgeteilt haben, bei neueren Untersuchungen herausgestellt hat, daß das Wesen der ge-

genwärtigen Arbeitslosigkeit sich besonders durch ihre Länge Dauer charakterisiert. Es wurde festgestellt, daß am 1. Mai 1921 mehr als ein Fünftel aller Arbeitslosen, nämlich 22,71 Prozent, länger als 6 Monate arbeitslos waren. Vom 1. August 1920 bis zum 1. Mai 1921 ist die Zahl dieser Dauererwerbslosen beständig gewachsen. Aus dieser Steigerung der Zahl ist zu schließen, daß eine große Zahl dieser Dauererwerbslosen wesentlich länger als 6 Monate erwerbslos ist, und zum Ueberflus wird berichtet, daß z. B. in Groß-Berlin am 1. Mai 68 Prozent aller Erwerbslosen mehr als ein volles Jahr arbeitslos waren. Daraus können wir schließen, daß diese 68 Prozent — oder wohl gar noch eine größere Zahl — selbst in der günstigeren Zeit, die der jüngsten Wirtschaftskrise vorausging, nicht in die Betriebe aufgenommen werden konnten. Bedenklich erscheint es ferner, daß nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ für den Monat Juli trotz der wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften eine Abstoßung unqualifizierter und weiblicher Arbeitskräfte zu beobachten war.

Es muß also untersucht werden, ob nicht bereits festzustellen ist, daß die deutsche Wirtschaft während der Zeit ihrer Umstellung auf den infolge des Krieges völlig veränderten Zustand, die noch nicht abgeschlossen ist, eine bestimmte Zahl von Arbeitskräften überhaupt abstoßt und der Arbeitslosigkeit dauernd oder doch für eine so lange Zeit preisgibt, daß der damit eintretende Zustand für die davon betroffenen Arbeitskräfte wie ein Dauerzustand wirkt. Wir haben ganz den Eindruck, daß sich eine solche Gefahr ankündigt.

Sobald aber wird die deutsche Wirtschaft in nicht zu ferner Zeit innere Umstellungen erfahren müssen, die wiederum auf die Lage am Arbeitsmarkt außerordentlich stark einwirken werden, und zwar nicht zugunsten der verfügbaren Arbeitskräfte. Die außerordentliche Anspannung der Produktivkräfte der deutschen Wirtschaft, die notwendig ist, um die Reparationsforderungen zu erfüllen, wird eine weitgehende Rationalisierung der Wirtschaft nötig machen. Das Unternehmertum glaubte sie bisher nicht nötig zu haben, da die Kunst der schlechten Laune ihm immer wieder neue Gewinne zuschanzte. Dieser Umstand, in Verbindung mit den weit unter den Weltlöhnen stehenden deutschen Lohnlöhnen, machte die Betriebe auch noch bei primitivsten Arbeitsmethoden rentabel. Das genügt dem Unternehmer.

Das geht aber nicht für die Dauer. Erstens kommt eine Wirtschaft auf so unrunder Grundlage einer Bankrottwirtschaft ziemlich nahe, und zweitens werden selbst die Unternehmern durch die Steigerungen der Löhne, die infolge des Anziehens aller Preise unvermeidlich sind, zu einer Verminderung der Selbstkosten durch rationellere Betriebsmethoden gezwungen werden, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollen. Aber auch der Staat, der die Erfüllung der Reparationspflichten übernommen hat, wird auf eine Rationalisierung der Wirtschaft dringen müssen. Wie wesentlich sie in Betracht kommt, zeigt ein Umstand, auf den der Staatssekretär Dr. Hirsch jüngst in einem Vortrag vor den Ausschüssen des Reichswirtschaftsrates hingewiesen hat. Er machte darauf aufmerksam, daß die Organisation mancher amerikanischen Industrien soweit gebildet sei, daß sie trotz aller ungünstigen Kostenmomente, die sie uns gegenüber haben, noch mit uns konkurrieren.

Man ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß eine in größerem Maße durchgeführte Rationalisierung der Wirtschaft zur Freisetzung von Arbeitskräften führen muß. Sollte es richtig sein, daß die deutsche Wirtschaft bereits jetzt einen Ueberflus an Arbeitskräften hat, wie wir andeuten, so muß die Zahl dieser überflüssigen Arbeitskräfte durch eine solche Umstellung gesteigert werden. Damit aber entsteht eine Gefahr, auf die die Gesetzgebung mit äußerster Sorgfalt achten muß. Es ist unmöglich, daß wir Tausende von Arbeitskräften bewußt verhungern lassen. Es ist daher notwendig, daß die Gesetzgebung rechtzeitig auf derartige Möglichkeiten eingestellt wird, daß Vorkehrungen getroffen werden, die trotz allem die Aufnahme aller verfügbaren Arbeitskräfte in die Betriebe garantieren.

Dazu ist zunächst erforderlich, daß die Gesetzgebung über die Arbeitsregelung ausgebaut und mit großer Präzision angewandt wird. Es ist möglich, daß wir in einzelnen Produktionszweigen noch lange Zeit zur Kurzarbeit gezwungen sein werden, wenn rund herum ein „blühendes Wirtschaftslieben“ sich ausbreitet. Damit entsteht von neuem die Frage, wer trägt die Kosten für diese Opfer? Die Arbeiterschaft kann sie nicht dauernd tragen. Die Gewerkschaften haben bereits vor längerer Zeit die Forderung gestellt, daß der durch Kurzarbeit ausfallende Lohn zu zwei Dritteln vom Unternehmer zu ersetzen ist. Das wird mit besonderem Nachdruck angesichts solcher Entwicklungsmöglichkeiten von neuem verlangt werden müssen, und Regierung und Reichstag müssen in dieser Angelegenheit endlich entscheidende Schritte unternehmen. Ferner hat die produktive Erwerbslosenfürsorge sich weiterhin der dauernd Erwerbslosen besonders anzunehmen, denn es ist wahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit fast nur noch Dauererwerbslose geben wird. Die produktive Erwerbslosenfürsorge, die angesichts der großen Zahl von Arbeitslosen, die wir bis jetzt hatten, nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirkte, kann dann — relativ — weit fruchtbarere Wirkungen hervorbringen, indem sie den am längsten und am meisten gequälten Erleichterung verschafft. Daß am Achtundzweiten Tag nicht gerüttelt und die Geldunterstützung nicht eingeschränkt werden darf, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden.

Vor allem aber sind die Bestimmungen, die den Betriebsvertretungen ein Recht geben, bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften und insbesondere bei der Einschränkung und Stilllegung von Betrieben mitzuzustimmen, erheblich zu verbessern. Bis jetzt ist es so, daß die Betriebsvertretungen wohl gezwungen sind, bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuwirken, aber kein entscheidendes Recht haben, die Folgen der Einführung neuer Arbeitsmethoden in Gestalt der Freisetzung von Arbeitskräften abzuwenden. Das ist ein unmöglicher Zustand. Eine Rationalisierung des Wirtschaftslebens bedeutet Einführung neuer Arbeitsmethoden in großem Umfang. Sie kann sehr wohl die nötige oder teilweise Schließung von Betrieben zur Folge haben. Werden derartige Maßnahmen angebahnt, so muß gleichzeitig dafür gesorgt werden, daß Organe vorhanden sind, die dafür sorgen, daß diese Entwicklung keine für die Arbeiterschaft und damit für die Gesamtheit verderblichen Zustände herbeiführt. Die Gesetzgebung hat auszugehen von dem Gesichtspunkt, daß die Frage der Einstellung und Entlassung

von Arbeitern nicht nur eine Angelegenheit des Unternehmers und der betreffenden einzustellenden oder zu entlassenden Arbeiter und Angestellten ist. In unserer gegenwärtigen Lage und angesichts der bevorstehenden Entwicklungsmöglichkeiten erweitert sich das Problem der Einstellung und Entlassung und der Mitbestimmung der Betriebsvertretungen dabei zu dem Problem der Rugharmachung oder Bruchlegung von Arbeitskräften, also zu einer Frage, die die Gesamtheit angeht und die im Interesse der Gesamtheit durch die Gesetzgebung zu lösen ist. Die Gesamtheit muß in den Betriebsräten und den ähnlichen, den Betriebsräten übergeordneten Organen endlich die Stellen schaffen, die dafür zu sorgen haben, daß eine vorteilhafte Gestaltung der Wirtschaft auf der einen Seite nicht unermessliche Nachteile auf der anderen Seite nach sich zieht. Eine einheitliche Gesetzgebung, die in Gemeinschaft mit den großen Organisationen der Arbeiterklasse vorbereitet werden muß, hat an die Stelle des Stückwerks zu treten, das in diesem Falle aus einzelnen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes und einigen Verordnungen besteht.

Die großen Aufgaben der deutschen Wirtschaft sind nur zu lösen in Uebereinstimmung und mit Hilfe der Arbeiter und Angestellten. Die Organisationen und Vertretungen der Arbeiter können wirksame Hilfe nur leisten, wenn sie durch erweiterte Rechte die Macht dazu haben.

Das beleidigte Finanzkapital

Nach einem Bericht des „Berliner Lokal-Anzeigers“ sollte der Reichskanzler in seiner Rede in der Zentrumsversammlung vom Sonntag scharfe Angriffe gegen das Großkapital gerichtet haben, weil es die Zahlungen der Goldmillarde sehr erschwert und aus Egoismus und Gewinnsucht die Ablieferung der Devisen immer wieder verzögerte, in der Hoffnung, daß der Dollar weiter steigen werde. Darüber ist in den kapitalistischen Kreisen große Aufregung entstanden und Herr Dr. Kieffer vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes hat in einem Brief an den Reichskanzler behauptet, daß die deutschen Banken im Reich Kredithilfe in weitestgehendem Umfange zur Erfüllung ihrer Reparationspflichten gewährt haben und bemüht gewesen seien, das Reich bei der Schaffung der Devisen zu unterstützen. Der Reichskanzler antwortete darauf, daß er gegen das Großkapital keine Angriffe gerichtet habe:

Ich sprach vielmehr von einer Epoche des Hochkapitalismus, der sich im wilden Börsentumel der letzten Wochen und Monate geäußert hat, und zeigte an der Spekulationswut, wieviel die Spekulation von dem Gedanken der Gemeinschaft und des Vaterlandes sich fernhält. Dabei habe ich, soweit ich mich entsinne, einen Satz angedeutet, der wörtlich vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“ bei Besprechung der Börse sich vorgefunden hat, wobei auf den ungeheuren Egoismus der Devisenbesitzer hingewiesen war.

Darauf erwidert nun Herr Dr. Kieffer, daß die Mitglieder seines Verbandes für diese Spekulationswut nicht nur nicht verantwortlich seien, sondern daß die führenden Bank- und Börsenkreise dauernd auf deren Eindämmung hingewirkt hätten. Es sei zum mindesten mißverständlich, aus Anlaß solcher Zeiterscheinungen von einer Epoche des Hochkapitalismus zu sprechen.

Die Aufregung der Finanzkapitalisten ist recht abel angebracht. An der Tatsache ist jedenfalls nicht zu rütteln, daß die kapitalistischen Kreise aus dem Niedergang der deutschen Wirtschaft die größten Vorteile ziehen. Je schlechter der Stand der deutschen Mark wird, desto höher steigen die Kurse für alle Papiere, desto wilder ist auch der Tumult an der Börse. Es kann auch nicht bestritten werden, daß gerade die leistungsfähigsten Kreise Deutschlands die Zwangslage der Regierung, sich für die Reparationsleistung Devisen zu schaffen, dazu benutzt haben, sich selbst ungeheure Gewinne zu sichern. Das geschah vielfach dadurch, daß man die Gegenwerte für den Warenexport im Auslande anlegte, um sie den Eingriffen der deutschen Behörden zu entziehen, oder daß man die Devisen so lange zurückhielt, bis sie einen respektablen Kurs erreicht hatten. Diese Tatsache steht fest, sie kann auch durch die Beteuerung des Finanzkapitals, daß es keine Schuld an dieser Erscheinung habe, nicht aus der Welt geschafft werden.

Gestern morgen wurde berichtet, daß in Berlin der amerikanische Milliardär John Pierpont Morgan abgestiegen sei und mit führenden Leuten aus der deutschen Kapitalwelt Verhandlungen über die amerikanische Beteiligung an dem Wiederaufbaugeschäft angetupft habe. Am Abend ist die Meldung widerlegt worden; es soll sich nicht um den Finanzkönig, sondern um einen anderen Herrn aus New York mit den gleichen Anfangsbuchstaben gehandelt haben.

Eine Hochburg der Reaktion

Waffenschließungen in Frankfurt a. Ober

Der demokratische Abgeordnete Riedel, der nicht gerade als Draufgänger gilt, hat vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“ auf die reaktionäre Hochburg aufmerksam gemacht, die dicht vor den Toren Berlins, im Regierungsbezirk Frankfurt a. Ober, errichtet worden ist. Herr Riedel brachte eine Reihe von Beweisen darüber vor, daß die Behörden mit der Reaktion Hand in Hand arbeiten, republikanische Anordnungen bewußt durchkreuzen und bei diesem Vorgehen sogar die offensündliche Unterstützung des gegenwärtigen preussischen Ministeriums finden. Weiter wies der Abgeordnete Riedel nach, daß in dem Regierungsbezirk Frankfurt a. Ober die Waffenschließungen kein Ende nehmen. Ueberall bestehen illegale militärische Formationen, die mit allem Kriegsgeschick versehen sind. Die Waffenschließungen gehen vor allem von der Aktion Rüsting vor sich. Erst letzthin wurden von Rüsting aus 18 Geschütze nach Schlesien verschoben. Wie jetzt der „Vorwärts“ meldet, wurde am Montag von Arbeitern beobachtet, daß ein mit Granaten beladenes Auto von Rüsting nach der Domäne Neudamm fuhr. Die Domäne wird von dem Scharfmacher des Königsberger Kreises, einem Herrn von Ziffand, bewirtschaftet. Für ihn waren also die Waffen bestimmt. Die Arbeiterschaft war auf dem Posten. Sie benachrichtigte die Gendarmerie, und diese beschlagnahmte die Granaten, mehrere hundert an der Zahl. Da sich die Arbeiterschaft darüber klar war, daß sie mit den Granaten gegebenenfalls niederknallt werden sollte, bemächtigte sich ihrer eine große Erregung gegen den Scharfmacher. Ziffand wurde deshalb in Schutzhaft genommen.

Die Waffenschließungen der Reaktion nehmen in letzter Zeit überhand, obwohl von der Regierung dauernd versichert wird, die Entwaffnung sei restlos durchgeführt, es seien sogar mehr Waffen abgeliefert worden, als notwendig gewesen wäre, und die Reichswehr sei infolgedessen nicht einmal mehr in dem Besitz der ihr zustehenden Bestände. Diese Behauptung der Regierung kann nicht den Tatsachen entsprechen. Denn aus welchem Arsenal wollte die Reak-

tion sonst die Waffen entnehmen, mit denen sie ihre Aufstellungen gegen die Republik betreibt? Und was das allerwichtigste ist: Wer besitzt die Waffen, die der Reaktion zur Verfügung gestellt werden? Doch nur die Reichswehr. Diese ist also in erster Linie für die Schließungen verantwortlich, und insbesondere scheint sich dabei die Rüsting-Kommandantur hervorzuheben. Warum wird gegen diese nicht endlich etwas Ernsthaftes unternommen? Durch Zeitungsverbote wird der Reaktion kein nennenswerter Schaden zugefügt. Ihre Macht beruht auf der Tatsache, daß sie die Reichswehr und die Sicherheitspolizei hinter sich weiß. Wenn die Regierung die Republik also wirklich beschützen will, dann muß sie endlich gegen die Verschwörer innerhalb der Reichswehr und der Sicherheitspolizei vorgehen. Sie muß insbesondere die waffenführenden militärischen Dienststellen säubern und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Wilhelm an der Kette

Dr. London, 6. September.

Wie Reuters meldet, unterliegt der ehemalige deutsche Kaiser von jetzt ab einer sehr scharf gehandhabten Ueberwachung von Seiten der niederländischen Behörden. Um seines Wohnsitz Doorn im Drahterhaus errichtet worden. Der Kaiser darf nicht einmal mehr ohne Ermächtigung von seiner Villa aus Spaziergänge unternehmen. Sämtliche nach dem Haus Doorn gehende und von dort auslaufende Brief- und Telegrammpost des Kaisers ist unter die Zensur der holländischen Behörde gestellt worden. Sendungen mit politischem Charakter, die an den Kaiser gehen, werden diesem nicht mehr ausgehändigt. Die holländische Regierung teilte der englischen offiziell mit, daß die Ueberwachung des Kaisers verschärft worden ist.

Entente-Ultimatum an Ungarn

Wien, 6. September.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Wiener Neustadt: Die alliierten Mächte haben der ungarischen Regierung ein beschränktes Ultimatum überreicht, in dem die sofortige Räumung des ganzen laut Friedensvertrag an Oesterreich abzutretenden westungarischen Gebietes verlangt wird. Das Ultimatum läuft am nächsten Tage um 2 Uhr nachts ab.

Die Wiener Blätter geben ihrer Enttäuschung über den Einmarsch regulärer ungarischer Truppen in Niederösterreich Ausdruck und bezeichnen ihn als einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Sie machen für das Vorgehen der Ungarn die Entente verantwortlich. Die „Reichspost“ schreibt, es müsse festgestellt werden, daß das Verhalten der Entente gegenüber Ungarn nur zu sehr dazu angeht sei, Ungarn in seiner gefährlichen Abenteuerlust zu bestärken. Es wäre kein Wunder, wenn man in Budapest darin eine wohlwollende Duldung erblicke. Die Entente sei verpflichtet, ihren Vertrag mit allen Mitteln zur Durchsührung zu bringen. Aus ihrer Hand müsse Oesterreich das Burgenland erhalten.

Die „Arbeiterzeitung“ sagt: Die Ueberfälle stellen die Geduld der Massen auf eine harte Probe. Ueberfälle wie derartige führen zu blutigen Ereignissen, in denen die ganze Friedensordnung Mitteleuropas zusammenbricht. Die Entente irrt. Sie hat keine Zeit, es ist Gefahr im Verzuge. Es ist höchste Zeit, daß das Gesicht von Anschlägen das Gewissen der Welt weckt.

Der ungarische Bardenkrieg

Wien, 6. September.

Der von den Ungarn gestern angegriffene Ort Kirschlag befindet sich im Besitze der österreichischen Wehrmacht. Die dort verweilenden österreichischen Truppen haben sich in jeder Beziehung ausgezeichnet und glänzend bewährt. Ungarische Truppen und Infanterien haben teils entlang der Grenze, teils auf österreichischem Gebiete Schützengräben ausgehoben. Bemerkenswerterweise befinden sich unter den verwundeten Oesterreichern hauptsächlich Sanitätskolonnen. Die Leiche eines derselben wurde von den Ungarn entkleidet und aufgehängt.

Das Hilfswort für Rußland

Genf, 6. September.

Kanien gab Vertretern der Presse einige interessante Ausführungen über das Hilfswort für das hungarische Rußland. Nach seiner Ansicht wären 2 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nötig. Rußland glaube, 4 Millionen Tonnen liefern zu können. Das internationale Hilfswort müsse also seinerseits 2 Millionen Tonnen liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Kaukasus aus. 20 bis 25 Millionen Menschen litten ungesund. Das dringendste sei, Sachkorn zu beschaffen. Wenn das nicht möglich sei, dann würden Menschen und Vieh sterben müssen. Ueber die jüngste Verhaftung des allrussischen Komitees besang, wie Kanien darauf hin, daß dadurch große Schwierigkeiten hervorgerufen worden seien. Es wäre eine undankbare Aufgabe, die er übernommen habe, aber nur mit Optimismus könne man sich an sie heranmachen. Auf die Bemerkung eines Pressevertreters, daß die Pariser Kommission eine Untersuchung anstelle, erklärte Kanien, daß das sehr schön sei, aber das würde die unmittelbare Hilfe nicht einschränken. Man dürfe keinen Augenblick mehr verlieren. Der warme und aufrechte Ton seiner Ausführungen machte einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer.

Die Schwierigkeiten der Naturalsteuererhebung

DE. Riga, 6. September.

Die Petrosburger und Moskauer Blätter bringen alarmierend Artikel über den spärlichen Eingang der Naturalsteuer: Statt der erforderlichen 5 Millionen Rubel (1 Rubel = 16,93 Kilogramm) hätten die Zentralgouvernements nur 1 1/2 Millionen Rubel abgeliefert. Die nächsten Tage würden das Schicksal der Wirtschaft im Wolga-Gebiet und in der ganzen Sowjetrepublik entscheiden; wenn eine Verzögerung eintrete, sei ein völliger Zusammenbruch der Landwirtschaft unermesslich. Das bisher abgelieferte Getreide sei ausschließlich für die Ernährung der Roten Armee notwendig. Die Moskauer „Worob“ schreibt, daß infolge des dauernden Rückgangs der Robienausbeute die Beförderung des abzuliefernden Getreides in die Hungersgebiete auf den auf Kohlensteuer angewiesenen Südbahnen fast ein Ding der Unmöglichkeit sei.

Die Abfertigung der Lebensmittellieferungen der amerikanischen Hilfsubmissionen von Riga nach Sowjetrußland findet nunmehr regelmäßig statt; es sind bisher fast 100 Waggons befördert worden. — Am 5. September hat sich eine Abordnung des Schweizerischen Roten Kreuzes, die große Mengen von Arzeneien, Lebensmitteln und Kinderwäsche für die Hungersenden mit sich führt, nach Rußland begeben.

Waden gegen die Reaktionskämpfer. Das habliche Ministerium hat vier in Kaschau postierte Regimentskommandanten verboten, weil nach Erfahrungen bei ähnlichen Veranstaltungen die Bolschewisten begünstigt ist, daß diese Versammlungen zu Erörterungen über in § 4 der Reichsverordnung vom 20. August bezeichneten Art angedrängt werden könnten.

Es geht vorwärts in Bayern, trotz Döhner und Rahr

Während der deutschnationalen Parteitag in München zu Ende ging, verammelten sich die Genossen Oberbayerns am 4. September zum Parteitag der U. S. P. Oberbayerns im Gewerkschaftshaus in München. Oberbayern ist der Hauptstich der bayerischen Reaktion. Um so wichtiger war die Tagung unserer Genossen, die Stellung nahmen zu den wichtigen politischen Tagesfragen und zu den Maßnahmen, die organisatorisch und politisch in der nächsten Zeit zu ergreifen sein werden.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Genossen Kämpfer, des Redakteurs der verbotenen „Münchener Morgenpost“. Er schilderte die politische Entwicklung in Deutschland seit Kriegsende, die schließlich zu den gegenwärtigen katastrophalen Zuständen geführt haben. Unsere Aufgabe müsse sein, zunächst die demokratische Republik in der Praxis durchzuführen und die auf dem Papier stehende Verfassung zu verwirklichen. Nachdem die wilhelminische Verfassung beseitigt sei, müsse auch die wilhelminische Verwaltung fallen. Denn nur durch die wilhelminische Verwaltung habe die Konterrevolution ihre Hauptstütze in der Verwaltung und die Konterrevolution ihre Hauptstütze.

Referat schilderte dann in Einzelheiten das Wirken der bayerischen Reaktion, die den Versuch gemacht hat seit zwei Jahren die Bayern verhängt habe. Unter seinem Schutze hätten sich die Mördergruppen organisiert, die den deutschnationalen angeordnet seien. Auf dem deutschnationalen Parteitag habe man sich in verächtlicher Aussprache bereits darüber unterhalten, wer der nächste sein soll, der zu ermorden wäre! Man habe an die von der U. S. P. und insbesondere von Genossen bereits entlarvte Mörderzentrale in der Deffentlichkeit nicht glauben wollen. Garci habe die Entlarvung mit dem Leben büßen müssen. Heute aber wage man das Vorhandensein der bayerischen Mörderzentrale nicht mehr abzuleugnen. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Abg. Heide, habe sich im vergangenen Jahr im Landtag schändlich vor die Mörderzentrale gestellt. Heute werde er wohl einsehen, was er mit seiner demagogischen Haltung bewirkt habe. Bei den oberbayerischen Kreisgruppen habe sogenannte Kommandos aufgestellt, die im Dienste der Mörderzentrale tätig sind. Es muß rasch und energisch zu greifen werden, wenn man nicht weitere Mordtaten erleben sollte.

Genosse Kämpfer sprach dann noch über die mögliche weitere Entwicklung in Bayern und machte weitere Ausführungen über die nächsten Aufgaben der Partei in Bayern, insbesondere in Oberbayern, wo sie die schwerste Arbeit zu leisten habe. Der aus der Festungshaft Niederhünfeld nach zweijähriger Haft freigesetzte Genosse Kieckisch wurde vom Parteitag warmherzig begrüßt, und Genosse Unterleitner, der am Samstagabend von Berlin zurückgekehrt war, erstattete Bericht über die Verhandlungen im Heberwachsenausschuß, in denen Bayern eine jämmerliche Rolle in kollektiver Stellung gespielt habe. Die Unterwerfung Bayerns könne auch nicht abgeschwächt werden durch die Schwächungsversuche der Münchener Orgelpresse. Die bayerische Monarchie gehe ihrem Ende entgegen.

In der Aussprache zeigte sich allenthalben Kampfbereitschaft und der eifrige Wille, mit allen Mitteln auf dem demokratischen Wege im Kampf gegen die Konterrevolution in Bayern voranzuschreiten. In den Ortsgruppen geht es ständig vorwärts. Die Parteimitglieder sind überall lebhaft, eine Reihe neuer Ortsgruppen konnten gegründet und bestehende vergrößert werden. Die Abonnentenzahl war bis zum Verbot der „Münchener Morgenpost“ im ständigen Anwachsen, und die Delegierten der Ortsgruppen konnten verhindern, daß nach Aufhebung des Ausnahmezustandes der alte Abonnentenzustand dem U. S. P.-Organ die Hände bewahren werde. Man warte überall auf das Wiedererwachen der „Morgenpost“.

Es wurden noch organisatorische Fragen erörtert und an Stelle des ermordeten Genossen Garci der Genosse Kieckisch in die Parteileitung gewählt. Schließlich wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Parteitag der U. S. P. Oberbayerns gibt die Entschlossenheit der gesamten Mitgliedschaft kund, die demokratisch-republikanische Verfassung des Deutschen Reiches gegen alle Anschläge monarchistisch-reaktionärer Art mit allen Mitteln zu verteidigen. Es stellt im Entschluß fest, daß auf dem deutschnationalen Parteitag trotz aller heuchlerischen Regie, die offiziell die Verantwortung für die politischen Mordtaten der letzten Zeit abschiebt, bei der Masse der Delegierten eine offensichtliche Verdrängung über die Befreiung unbegrenzter Vollmachten der Republik herrsche und die monarchistischen Neugierungen zum Vorschein kam.

Der Parteitag weiß daraus her, daß in Bayern zur Zeit bei den politischen Stellen die Abzeichen der Monarchie nicht nur nicht abgeschafft, sondern wieder eingeführt werden. Der Parteitag verlangt, daß von der Reichsregierung energisch dagegen vorgegangen wird.

Der Parteitag ist der Auffassung, daß nur die Beseitigung des monarchistischen Elementes in Bayern geeignet ist, der Arbeiterschaft die politische Bewegungsfreiheit zu geben, die notwendig ist, um die demokratischen monarchistischen Bestrebungen wirkungslos niederzuliegen zu lassen.

Der Kampf gegen die Vereinfachung

Aufmarsch der U.S.P.

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg hatte zu gestern abend 28 öffentliche Volksversammlungen für Berlin einberufen, in denen das Thema „Die Teuerung und die neuen Reichsteuern“ behandelt wurde. Die Versammlungen waren sehr gut besucht. In den meisten Lokalen waren auch die Kommunisten erschienen, die in der Diskussion ihre Redner vorkickten. Ueberall wurden diese einstimmig abgelehnt. Die Arbeiterschaft hat mit der Führung des politischen Kampfes durch die Kommunisten im letzten Jahre so schlimme Erfahrungen gemacht, daß diesem politischen Abenteuerismus keinerlei Gefolgschaft mehr geleistet wird. Einstimmig kam in allen Versammlungen der Wille zum Ausdruck, daß ein zielbewußter, konsequenter Kampf gegen die drohende Vereinfachung nur unter Führung der U. S. P. D. erfolgreich geführt werden kann.

So notwendig und unaufschiebbar der Kampf jetzt ist, so kann er doch nur erfolgreich geführt werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich des Ernstes der Lage bewußt ist und geschloßen in den Kampf eintritt.

In allen Versammlungen kam auch zum Ausdruck, daß der Kampf gegen die Reaktion jetzt energisch durchgeführt werden muß, daß dieser Kampf nicht enden darf mit einigen wertlosen Versprechungen, sondern, daß die Arbeiterschaft Sicherungen verlangt gegen die Reaktion, daß aber darüber hinaus auch der Kampf der Arbeiter geführt werden müsse und nicht ruhen dürfe, bis die Arbeiterschaft die politische Macht errungen habe.

Im überfüllten Saal von Altem in der Hasenheide sprach Genosse Wegl. Er besprach ausführlich die heisere Teuerung, schilderte die Not und das Elend, das sich daraus ergibt und zeigte, daß besonders neben den Lebensgaben an die Kapitalisten, die die indirekten Steuern, die Lebensmittel und Verbrauchsartikel zu verteuern, daß diese für die Arbeiterschaft unerträglichste Preise erzielen. Keilig ist gemeinsamer Kampf der Arbeiterschaft gegen das Bürgerium. Der Kommunist Anger, der mit einem Bündel von Manuskripten austrat, diskutierte in der Diskussion den Ausführungen des Genossen Wegl. bei, dessen Schlagwort die einstimmige Zustimmung der Versammlung erhielt.

Im sehr gut besuchten großen Saal des Gewerkschaftshauses sprach Genosse Stilling. In der Diskussion verurteilte der Kommunist Dör unter großem Widerspruch der Versammlung, dem Referenten und den sozialistischen Parteien zu unterscheiden, daß sie nur für die demokratische Republik eintraten und nicht auch wirtschaftssozialistische Forderungen erhob. Ein Diskussionsredner der U. S. P. wies diese Anschuldigungen zurück. Im Schlußwort rechnete Genosse Stilling energisch mit den kommunistischen Störern ab, die hiermit geschlossen den Saal verließen. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die U. S. P. geschlossen.

Vor einer außerordentlich gut besuchten Versammlung sprach in der Aula des Anzeigers, Geroldswalder Straße, Genosse Kriegl. In wirkungsvollen Worten legte er der Versammlung die Grundzüge unserer Partei dar und begründete unsere Taktik im Kampfe gegen Reaktion und Kapitalismus. Zur Dedung der Wiedergutmachungslasten müßten die bestehenden Kreise und die Goldwerte herangezogen werden. In dem Kampfe gegen das geschlossene Bürgerium müsse sich das Proletariat als Klasse einigen und alles Lernende beiseite stellen, wenn es nicht in Elend, Barbarei und Anarchie untergehen wolle. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion sprachen mehrere Kommunisten, die sich gleichfalls für eine gemeinsame Kampffront aussprachen. In der Bleichhöfstraße sprach vor einer gutbesuchten Versammlung Genosse Fiediger. Er forderte zum Schluß die Arbeiter auf, dem Bürgerblock eine geschlossene Front entgegenzusetzen. Schuhmacher (K. P. D.) versuchte gegen die U. S. P. D. Stimmung zu machen, wurde aber vom Referenten und vom Genossen Sabath durchschlagend widerlegt.

Die Versammlung in der Nationalhof, wo Genosse Lohmann sprach, war außerordentlich gut besucht. Der Beifall bezeugte, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war, mit Ausnahme eines Kommunisten, der versuchte, für seine Partei Propaganda zu machen, aber keinen Erfolg erzielte.

Die Versammlung in der Kleinstraße zeichnete sich durch lauten Besuch aus. Der Referent Kubig ging in seinem Vortrag sehr scharf mit denen ins Gericht, die Schluß an der Teuerung und dem Elend der arbeitenden Bevölkerung sind. In der Diskussion sprachen einige Kommunisten, die sich aber durch ihre Ausführungen wahre Lachsalben der Versammlung einholten. Mit einem bezaubernden Hoch auf die U. S. P. D. wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung in der Schulau, Grünthaler Straße, war sehr gut besucht. Referent war Genosse Pfeiffer. Er erwähnte die Krise, attis zu bleiben und sich mehr als bisher in den politischen Organisationen zu betätigen. Nur durch die Geschlossenheit des Proletariats können andere Zustände geschaffen werden. Der Vorsitzende forderte zum Schluß auf, die wenigen Wachen, die uns noch von den Stadtverordnetenwahlen trennen, auszunutzen und sie für unsere Presse zu werden. Mit einem Hoch auf die U. S. P. D. wurde die Versammlung geschlossen.

In den Endereisehellen sprach Genosse Stimmig in gutbesuchter Versammlung. Die Kommunisten, die einen Korreferenten verlangt hatten, was abgelehnt wurde, hatten Wehlohe als Diskussionsredner vorgeschickt. Zwei Redner der K. P. D. fanden ebenfalls wenig Anklang, wie der Redner der K. P. D.

In der Versammlung bei Geumann, Rounnstraße, sprach Genosse Jubel. Er wies nach, daß das Brot in Zukunft nicht fehlen, sondern 12 bis 14 Mark kosten wird, daß die Landwirtschaft dahin feuert, die Weltmarktpreise zu erhalten. Kein Land hat je so Gelegenheit gehabt, sich gesund zu machen, als die Landwirtschaft. Genosse Jubel kommt dann auf die neuen Steuern zu sprechen und wünscht, daß die indirekten Steuern zu verschwinden haben. Die antichristliche Versammlung wurde mit einem Hoch auf die revolutionäre Arbeiterpartei geschlossen.

In Pantow sprach im Lokal von Rinder die Genossin Seger vor etwa 600 Personen. Ihre Ausführungen wurden in Ruhe angehört und fanden großen Beifall. Zur Diskussion meldete sich ein Herr K. H., der ausführte, daß es nur einen Kampf geben müsse, und der sei nach rechts. Mit einem Hoch auf die Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

In Treptow fand die Versammlung in Brauns Gesellschaftshaus statt. Genosse Seger begann sein Referat mit einer genauen Darlegung der Ursachen, die zu der jetzigen wirtschaftlichen Vereinfachung geführt haben und erörterte dann ausführlich die Möglichkeiten für das Proletariat, aus dieser Lage herauszukommen. In der Diskussion versuchten drei Kommunisten die Ausführungen des Referenten zu widerlegen, sie kamen aber nicht über eine unproduktive Kritik an der U. S. P. hinaus. Zum Schluß wurde das neue Fabrikat der Parolenfabrik vorgelegt, eine Resolution der K. P. D., die von den Parteien und von den Gewerkschaften proletarische Untersuchungs-ausschüsse zur Säuberung der Beamtenstellen von Monarchisten verlangten. Die Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Referat wie Schlußwort des Genossen Seger wurden mit großem Beifall aufgenommen und die Versammlung mit einem Hoch auf die U. S. P. geschlossen.

In einer gut besuchten Versammlung in Lichtenberg referierte Genosse Karl Schneider unter dem Beifall der Versammelten. In der Diskussion verurteilte der Kommunist Stolz die alten Märchen gegen die U. S. P. vorzubringen, sich dabei aber auch den energischen Widerstand der Versammlungsbesucher. Mit einem kräftigen Hoch auf die U. S. P. wurde die Versammlung geschlossen.

In den Pharusälen hat die Versammlung schon Montag stattgefunden. Diese war außerordentlich gut besucht. Referent war Landtagsabgeordneter Genosse Rabsid.

U. S. P. und K. P. D., in denen, wieder ohne einen Beweis, von dem Arbeiterblock die Rede ist, das in Bremen gelassen sein soll. Ohne mit einer Silbe anzudeuten, wie sich die kommunistischen Demagogen das denken, fordern die Kommunisten von den Unabhängigen und Sozialdemokraten in ihrem Flugblatt: „Nieder mit dem hochverräterischen Senat! Nieder mit dem Nordblock, das in der Sipe sein Umweilen treibt!“ Es klingt wie Hohn auf den Einigungswillen der Arbeitermassen, daß die Kommunisten sich nicht schämen, dieses gewissenlose Flugblatt mit dem Rufe: „Es lebe die Einheitsfront! Es lebe der gemeinsame Kampf!“ zu schließen. Mit so gewissenlosen Postulaten, die durch ihr gedankenloses Puscheln der sozialistischen Arbeiterschaft ihren Kampf gegen die Rechte ungemein erschweren, muß die geschulte Arbeiterschaft die Einheitsfront ablehnen. Einheitsfront mit proletarischen Brüdern, ja! — Einheitsfront mit proletarischen Narren und proletarischen Ludendorffsteuern — niemals!

Die Beamtenbefreiung

Am Dienstag wurde im Beamtenausschuß des Preussischen Landtages bei der Beratung einiger Anträge, die ihm der deutsche Beamtenbund unterbreitet hatte, die Frage erzwungen, welche Organisationen an den Verhandlungen teilnehmen sollten. Nach längerer Debatte beschloß der Ausschuß, den Deutschen Beamtenbund einzuladen. Die Hinzuziehung der vier offiziellen Spitzenorganisationen wurde dem Bund anheimgegeben. Ein sozialdemokratischer Antrag, keine anderen Organisationen außer diesen Spitzenverbänden zuzulassen, wurde dagegen abgelehnt. Der Ausschuß beschloß für jeden einzelnen Fall die Entscheidung über die Zulassung anderer Verbände vor, falls diese einen dahingehenden Antrag stellen. — Sobald beschäftigt sich der Ausschuß mit dem Antrage v. Reles (Dn.), wonach den aus den Abtretungsgebieten nach Deutschland verjagten Ruhegehaltsempfängern des mittleren Staatsdienstes, ohne damit der Regelung der endgültigen Tragung der Ruhegehälter dazugreifen, Zuschüsse zu ihren Ruhegehältern wie den staatlichen Ruhegehaltsempfängern vom Staate gewährt werden sollen. Dieselbe Vergünstigung wird für die Hinterbliebenen der mittleren Staatsbeamten gefordert. — Der Antrag wird angenommen mit dem Zusatz, daß diese Zuschüsse vom 1. April 1921 rückwirkend gezahlt werden sollen.

Das böse Gewissen der Agrarier

Die Lüge als politisches Kampfmittel

Wir haben bereits kürzlich Gelegenheit genommen („Freiheit“ Nr. 28 vom 28. Juli), das Lügenflugblatt des Landbundes der Provinz Sachsen einer kritischen Behandlung zu unterwerfen. In ihm war die lächerliche Behauptung aufgestellt worden, daß die Landwirte an der Brotverknüpfung schuldlos seien, und daß sie an jedem Brot 95 Pfennig zulegen würden. Man ist uns ein neues Flugblatt dieses Landbundes zu Gesicht gekommen, in dem andere ebenso unwahre Behauptungen enthalten sind. Es ist zwecklos, auf die Einzelheiten dieses Flugblattes einzugehen. Aber über die politischen Verhältnisse nur einigermode Unverständnisse ist imstande, diese Demagogie zu durchleuchten. Eine offensichtliche Lüge aber bedarf der Zurückweisung. Das Flugblatt beruft sich auf die Preisfestlegung durch die Inter-

kommission und behauptet, daß an ihr als Vertreter der Sozialdemokraten: Kämpfer, Krähig, Schmidt, Molkenbrot, Frau Agnel, Schumann und als Vertreter der U. S. P. D. Dippmann, Dr. Herz, Unterleitner, Simon-Frauen beteiligt gewesen seien.

Das ist natürlich eine freie Unwahrheit. Der Interkommission, der die Berechnung der Umlagepreise oblag, gehörte kein einziger der vorerwähnten Personen an. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages aber, der diese Preise billigen sollte, haben die Unabhängigen und ebenso die Rechtssozialisten die Preisfestlegung der Interkommission entschieden bekämpft. Sie ist beschlossen worden gegen ihre Stimmen.

Wenn der Sachliche Landbund trotzdem von seinen Lügen nicht läßt, so zeigt das am allerdeutlichsten, daß er mit der Wahrheit den agrarischen Wucher nicht zu rechtfertigen vermag.

Kommunistenverhaftungen in Braunschweig. Nach einer Meldung der „Braunschweiger Landeszeitung“ verurteilt das staatliche Presseamt in Braunschweig die Mitteilung, daß wegen der Unklarheit in Braunschweig erfolgten Dynamitanschläge mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei verhaftet worden sind.

Wahrheit oder Spitzelmaske. Wie aus Graz gemeldet wird, wurde ein Attentatsversuch gegen den südböhmischen Minister Kufonec bei einer Autofahrt auf der Straße Laibach-Cilli rechtzeitig verhindert.

Zum Schutze der persönlichen Ehre. Im Reichsjustizministerium wird ein Gesetz zum Schutze der persönlichen Ehre vorbereitet.

Die pazifistische Woche. In der ersten Oktoberwoche finden in Deutschland drei große öffentliche Tagungen des deutschen Pazifismus statt. Am 8. Oktober findet in der Gemeindefesthalle zu Berlin-Rankow unter dem Motto „Völkerverständigung durch Erziehung“ die Tagung pazifistischer Lehrer und Erzieher statt. Am 8. und 6. Oktober tagt in Bochum die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft. Vom 7. bis 9. Oktober folgt der 10. deutsche Pazifistenkongress, der dieses Jahr nach Eilen geleitet ist. Hauptthema ist „Der Wiederaufbau Europas“. Auskünfte sind durch den Friedensbund der Kriegsteilnehmer, Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 17a. und die Deutsche Friedensgesellschaft, Berlin SW 68, Altmörstr. 87, zu erhalten.

Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie. Der Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie, der am 3. und 4. September in Luzern tagte, war von 350 Delegierten besucht, eine Zahl, wie sie kein früherer Parteitag aufweisen konnte. Die Verhandlungen, denen Genosse Fritsch (Wien) als Vertreter der Internationalen Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien und Genosse Dr. Kurt Holzsch (Berlin) als Vertreter der U. S. P. D. beizuwohnen, waren von einem zuverlässigen Geiste getragen. Wir werden über sie noch im einzelnen berichten. Mit 265 gegen 13 Stimmen wurde der Anschluß der Schweizerischen Sozialdemokratie an die Internationale Arbeitergemeinschaft beschlossen. Die wenigen Kritiker der Antikontingentsentscheidung in ihren Ausführungen hauptsächlich die Bedenken geltend, ob nicht zu weit reichende Elemente in der Arbeitergemeinschaft Aufnahme finden oder daß die Arbeitergemeinschaft möglicherweise doch nicht revolutionär genug sei. Welchen Bedenken wurde als grundlos entgegengetreten.

Die Zinsen der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten. Laut offizieller Mitteilung des amerikanischen Finanzministeriums betragen die Zinsen der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten 248 324 000 Dollar, wovon 870 Millionen Dollar an Zinsen bereits bezahlt wurden. Die nächste Zahlung der Zinsen wird am 15. April 1922 stattfinden.

Die Beschlüsse über die Zeitungsverbote

Berlin, 6. September.

Am Freitag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, tritt der 1. Senat des Reichspräsidenten zur Beratung der Beschlüsse über die Zeitungsverbote zusammen, um über die vorliegenden Beschlüsse der verbotenen Zeitungen zu beschließen. Die auswärts erscheinenden Zeitungen sind zu dem Termin geladen.

Gewissenlose Politiker

In Bremen ist die propagierende Sedansfeier der Reaktionäre, die trotz der Verordnungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung abgehalten werden sollte, von erworblichen Arbeitern verhindert worden. Dabei hat sich die Sipe der Menge der mit Recht erregten Arbeiter gegenüber sehr rigoros benommen. Es war unheimlich, daß die von dem bürgerlichen Senat unterstützte Polizeidirektion Weisung gegeben hatte, die frech aufstrebenden Arbeiterorganisationen möglichst ungelästet zu lassen und gegen die Arbeiter nichts zum Äußersten kommen. Es blieb bei Aufstellung von Drahterhaken, zahlreichen Verhaftungen und kleinen Zusammenstößen mit polierbewehrten Projektionspatroillen. Der Bremer Kommunisten genügt das nicht. Für sie ist der Fall Ludendorffs Schwindelmethode anzuwenden. Die letzten der Berliner „Roten Tage“ ein Telegramm, in dem die schweren blutigen Zusammenstöße“ die Rede ist. Das ist nicht erfinden. Ebenfalls erfinden ist der Satz des Telegramms: „Die Arbeiterschaft forderte die Reichsregierung gegen Bremen.“ Diese Forderung ist in Bremen kein Ständewortchen der Arbeiter, weil solche Forderung nur von politischen Schwindlern erhoben werden könnte. Damit aber nicht genug, verurteilen die Bremer Kommunisten Flugblätter an die Genossen der

Grosser Herbst Verkauf

Strumpfwaren

Damenstrümpfe 875 11⁵⁰
Baumwolle, gewebt, schwarz und farbig

Damenstrümpfe 12⁵⁰ 15⁵⁰
Baumwolle, gewebt, schwarz, la Qualität

Damenstrümpfe 21⁵⁰ 29⁷⁵
Flor, gewebt, schwarz u. farbig, hohe Qual.

Damenstrümpfe 49⁰⁰
Trammelle, schwarz und farbig

Herrensocken 4⁹⁰ 6⁵⁰
Baumwolle, gestrickt, meliert, starke Qualität

Herrensocken 7⁵⁰
Baumwolle, gewebt, schwarz und farbig

Herrensocken 9⁷⁵
Mako, gewebt, schwarz und farbig

Herrensocken 12⁵⁰
Baumwolle, gewebt, Jacquard und Längelstreifen

Damenstrümpfe 12⁵⁰
Kausseide, schwarz u. weiss, mit kleinen Feldern

Herren-Schweden 49⁷⁵
gestepelt, mit Druckverschluss

Herren-Nappa 69⁷⁵
gestepelt, durchgehend

Trikotagen

Herrenhemden 9³⁰
ganz röhrt, alle Größen

Herrenhemden 35⁰⁰
vollgemacht, alle Größen

Herrenhemden 39⁰⁰ 49⁰⁰
mako u. weiss, mit farbigen Einsätzen

Herrenbeinkleider 32⁰⁰
vollgemacht, alle Größen

Damenhemden 7⁵⁰
Baumwolle, weiss, ohne Arm

Untertaillen 17⁵⁰ 22⁵⁰
Wollmisch u. Bat., weiss, ohne Arm

Schlupfhöschen 19⁷⁵
Baumwolle, gewebt, farbige, alle Größen

Leibhöschen 21⁵⁰ 24⁵⁰
Kinder, vollgemacht, Cr. 40-80

Strickwolle 4⁹⁰
Merino-Wolle-Qualität schwarz, 30 Gramm

Lederhandschuhe

Damen-Glacé 39⁷⁵
2 Druckknöpfe

Damen-Schweden 49⁷⁵
gestepelt

Damen-Moda-Chair 69⁷⁵
verschiedene Strassenfarben

Stoffhandschuhe

Damen-Trikot 5⁵⁰
mit 2 Druckknöpfen

Damen-Trikot 7⁹⁰
mit farbigen Halbjulien

Damen-Handschuhe 9⁷⁵
rundgestrickt, feine Qualität

Damen-Trikot 19⁷⁵
mit kunstseidenem Halbjulien

Schürzen

Teeschürze 18⁵⁰
glatt, Batist, mit reicher Stickerei

Teeschürze 26⁵⁰
mit reichem Stickerei-Ein- und -Ansatz

Wiener Form 29⁵⁰
aus guten Waschlotten

Tapiserie

Quadrate 2⁵⁰
vorgezeichnet, Kreuzlich

Kissenplatten, Decken 14⁵⁰
vorgezeichnet, Kreuzlich

Bulgarenwoile 1⁵⁰
in allen Farben

Perlgarn 2⁵⁰
in allen Farben

HERMANN TIETZ

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär

Neues Volkstheater
Röppischer Str. 63.
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde

Staatstheater.
Opernhaus
8 Uhr: Tristan und Isolde
8 1/2 Uhr: Die Gezeichneten
7 1/2 Uhr: Torquato Tasso

Dirigiert: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Patsch u. Perlmutter

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Er ist an allem schuld
Der Spieler
Ein Heiratsantrag

Großes Schauspielhaus
Kastellanstr.
8 Uhr: Die Weber
(H. Heintze, H. Wehl)

Theater i. d. Königgräber Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Satans Maske
Mit dem Fener spielen
Karl Grotz, Hermann, Hirt

Komödienhaus:
Grote, 7 Uhr, am 1. Male:
Sonnys
Busenfreund
Schwend in 3 Akten mit
Max Ballenberg, Hans Wahmann

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Milliarden
SOUPER

Theater am Hakenbrunnplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die 7 1/2 Uhr:
Strohwitwe
Operette von Leo Blech

7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Paul Wagnar, Irene Triebich
in Totentanz

Trianon-Theater
8 Uhr: Das Witz in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
8 1/2 Uhr: Faust Versteht in
Der Dieb (Le valet)

Wagner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Rose-Theater
8 Uhr:
Die jährlichen Verwandten

Betriebs-Obleute!

Soeben erschien
in zweiter, erweiterter und veränderter Auflage

Der Betriebsobmann

Von Rudolf Bedt Preis 4.- Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, durch alle
Organisationen, Betriebsrätezentralen, Gewerkschaftsstellen oder direkt von der

Buchhandlung "Freiheit"
Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Auch durch alle Filialen der Freiheit

Politischer Schriftsteller

mit guter Vorbildung und reicher Erfahrung
und mit besonderem Verständnis für
Arbeiterinteressen, sucht Stellung als **Leiter**
einer **Arbeiterzeitung**. Großstadt bevorzugt.
Angebote an den **Burgwacht-Verlag**, E. G. Delschte, Verden (Aller)

Geschäftsführer

zum sofortigen Eintritt gesucht für die **U.S.A.**-
Zeitung "Wollstimme" in Schmal-
balden. Bevorzugt wird ein im **Verlags- und**
Reklamewesen bewandertes Fachmann, der
bilingual (dt. / engl.) in **Geschäftsverhandlungen**
an die "Wollstimme" Schmalbalden, erbeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 135, 1239, 1967, 6714.

Donnerstag, den 8. September 1921, abends 6 1/2 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus, Engelstr. 13, Saal 2,**

Versammlung

aller in der **Metall- und chemischen**
Industrie beschäftigten **Werkstätten** und
Helfer **Groß-Berlins**

Tagesordnung:
Aufnahme einer Statistik über Lohn, Arbeitsbedingungen und
gesundheitsliche Zustände der Beschäftigten.
Es ist dringende Pflicht jedes Kollegen pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 8. September 1921, abends 4 1/2 Uhr,
im **"Deutscher Garten", Deutscher Platz 45,**

Versammlung

aller **Kolleginnen** und **Kollegen** der
Goldschmiedebrende

Tagesordnung:
1. Bericht von den Verhandlungen unserer Lohnforderungen.
2. Diskussion.
Es ist notwendig das alle erscheinen.

Donnerstag, 8. September, abends 7 Uhr, Jochstr. 7,

Konferenz

der **Auto-Reparatur-Schlosser** der
Kleinbetriebe

Tagesordnung:
Bericht von der Verhandlung mit der **Interessengemeinschaft**
der **Auto-Reparatur-Werkstätten** **Groß-Berlins.**
Jeder Betrieb auch einen **Vertreter** entsenden.

Freitag, den 9. September 1921, abends 8 Uhr, in
den Festsälen "Zum Schultze", Neue Jakobstraße 24/25,

Versammlung

aller **Bauklempner** und **Klempner**
für **Gas- und Wasser-Anlagen**

Tagesordnung wird in der **Versammlung** bekanntgegeben.
In der **Versammlung** werden die **Tarifvorzüge** ausgegeben.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die **Ortsverwaltung.**

Güldwunsch-Karten

zur **Jugendweihe**
in **verbundener** Ausführung

Buchhandlung
"Freiheit"
Breite Str. 8/9
und in den "Freiheit"-
Spezialaktionen erhältlich.

Tube mit Schutzhut

von **Carl Sauber & Sohn**
in **hinter** man
durch **Spezialauftrag** seinen **Wohn.**

Am 18. u. 20. Septbr. Ziehung Am 8. - 8. Oktbr. Ziehung
der Wohltätigkeits- Uebertragungs-Lotterie der
Lotteriegeld-Lotterie

100000	300000
60000	75000
50000	40000
10000	25000

Wohltätigkeitslose M. 3.00 Ueberlinger Lose M. 8.00
Liste u. Porto M. 1.- extra Liste u. Porto M. 1.00 extra

1 Wohltätigkeits- u. 1 Ueberlinger Lose M. 8.00
mit Porto und Listen

5 Lose von jeder (sortiert, mit
Lotterien (Porto Listen) - M. 37.50

Lud. Müller & Co. BERLIN W. 10
Lose auch in allen Lotteriegeschäften



Reunion

Neu aufgenommen! • Volle Formate!

Reunion
Nr. 30 Nr. 40 Nr. 50
30 Pfg. 40 Pfg. 50 Pfg.

Soeben erschien: **Nr. 49/50** Soeben erschien:
der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz

A. BUBNOW

Die Hauptmomente in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Rußlands

INHALT: Drei Perioden der Parteigeschichte /
Vom Arbeiterzirkel zur sozialdemokratischen Partei / Die
Entstehung des Bolschewismus und die grundlegenden
Etappen seiner Entwicklung / Bildung der Kommu-
nistischen Partei Russlands / Schlussbemerkungen

78 Seiten **Preis M. 1.-**

Zu beziehen durch **Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig**

Groß-Berlin

Abfuchen im Walde verboten

Der übermäßig heiße Sommer hat leider auch eine ganze Menge von Waldbränden zur Folge gehabt. Die große Dürre des Unterholzes hat an vielen Stellen dazu geführt, daß durch leichtsinnigerweise weggeworfene Zigarren oder Zigarettenreste die Brände verursacht und damit große Bestände vernichtet worden sind.

Wohlgemerkt in den wenigsten Fällen sind Waldbrände, wie vielfach behauptet wird, durch Abfuchen im Walde entstanden. Gewiß gibt es auch unter den Wandernern junge Leute, die nicht immer die genügende Vorsicht üben, doch konnte man fast überall beobachten, wo Wanderer abfuchten, wurde auch genügende Sorgfalt geübt.

Darum ist es völlig unbegründet, ein allgemeines Verbot zu erlassen, wonach Kochgeräte überhaupt nicht im Walde mitgeführt werden dürfen, Feueranmachen in Wäldern, Mooren und Heiden mit Strafe bedroht wird. Ein solches Verbot mit Strafbefugung ist vom Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. erlassen worden.

Wir fürchten, daß mit diesem Verbot gerade das Gegenteil erreicht wird, wie beabsichtigt ist. Der Regierungspräsident glaubt wohl selbst kaum, daß sein Verbot allgemein befolgt wird.

Gerade diejenigen, die davon in erster Linie betroffen werden sollen, werden sich am wenigsten daran halten. Das Verbot wird aber zur Folge haben, daß diejenigen, die bisher an Ufern von Seen abgetötet haben, nunmehr sich Kochplätze im Walde suchen, wo sie weniger beobachtet werden können. Dort ist die Gefahr eines Waldbrandes natürlich viel größer.

Bei der Ausbreitung, die die Wanderbewegung genommen hat, ist es nicht zu vermeiden, daß auch Personen daran teilnehmen, die nicht, wie die alten Naturfreunde, für genügenden Schutz sorgen. Aber man soll auch nicht verjahren, die Wanderbewegung künstlich einzudämmen, indem man die Wanderer wieder auf die Restaurationen verweist. Das muß unter allen Umständen vermieden werden.

Darum wäre es zweckmäßig gewesen, statt ein solch sinnloses Verbot zu erlassen, in jedem größeren Waldrevier den Wandernern die zulässigen Kochstellen zu weisen. Die Ueberwachung derselben wäre sicherlich gern von den Wanderorganisationen übernommen worden.

Es ist immer wieder der alte Preußenpolizeigeist, der keine andere Maßregel als Verbote und Strafen kennt, der sich auf diese unsinnige Weise betätigt, und gerade das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt ist.

Die neuen städtischen Verkehrssteuern

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung in ihrer letzten Sitzung endgültig über die städtischen Verkehrssteuern Beschluß gefaßt hat, sind in der Presse verschiedene, zum Teil irrtümliche Nachrichten über die neuen Steuern verbreitet worden. Die Hauptsteuererhöhung teilt hierzu berichtend folgendes mit:

Die städtischen Körperschaften haben drei verschiedene Steuererhöhungen beschlossen, welche seit der Ausrückung der Gemeindeverwaltung vorliegen, eine Kraftfahrzeugsteuer, eine Kraftfahrzeugsteuer und eine Steuer auf Wagen und Pferde.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird in Höhe von 10 v. H. des Fahrpreises erhoben und vom Kraftfahrzeugführer dem Fahrer in Rechnung gestellt. Zu diesem Zweck wird die Tage vom Kauf an in Rechnung gestellt. Der Fahrpreis wird durch Zuschlag auf den neunfachen Betrag des Fahrpreises angesetzt. Die Kraftfahrzeugsteuer haben ein Kraftfahrzeugführer zu zahlen, in welchem am Ende jeden Tages die Gesamtgeseinnahme und die Gesamtsumme der gefahrenen Kilometer einzutragen ist.

Die Kraftfahrzeugsteuer sieht zunächst eine Steuer auf das Halten von Kraftfahrzeugen vor, die je nach der Höhe der Tragfähigkeit von 200 bis 1200 Mark abgestuft ist. Für Personenkraftwagen wird eine Steuer nur erhoben, wenn sie Gummirollen mit Luftschlauch benutzen. Die Steuer beträgt für jedes Rad, an welchem derartige Reifen benutzt werden, 800 Mark. Ferner sieht diese Steuerordnung noch eine Besteuerung der Motorboote vor, die je nach der Stärke der Antriebsmaschine 300 bis 2000 Mark beträgt.

Die Wagen- und Pferdesteuer sieht eine Besteuerung der städtischen Wagen vor, welche zur Fortbewegung durch tierische Kraft (ausgenommen Hunde und Ziegen) hergerichtet sind oder bestimmt sind. Die Steuer beträgt für jeden Wagen 100 Mark und die Wagen zur Personenbeförderung bestimmt oder hergerichtet, so beträgt die Steuer 400 Mark und sofern die Wagen

dem Vergnügen, dem Sport oder der Bequemlichkeit dienen, 800 Mark. Für Vierbeiner beträgt die Steuer stets nur 100 Mark. Die Steuer auf Pferde, Maultiere und Kaultiere beträgt ebenfalls jährlich 100 Mark für jedes Tier. Werden die Tiere ausschließlich oder vorwiegend zur Beförderung von Personenkraftwagen benutzt, so erhöht sich die Steuer auf 400 Mark. Dagegen hat es bei 100 Mark kein Bewenden, wenn die Tiere dem Gewerbebetrieb eines Fahrunternehmers oder der Landwirtschaft dienen. Die Steuer erhöht sich auf 1000 Mark für Reitpferde. Für Pferde, welche gewerbsmäßig in Lattenhöfen usw. verbleiben werden, ermäßigt sie sich auf 300 M. jährlich.

Die Steuerordnungen werden voraussichtlich am 1. Oktober in Kraft treten. Daß die neuen Steuerordnungen von den Kreisen, welche durch sie betroffen werden, nicht mit Freuden begrüßt werden, liegt auf der Hand. Derartige Widersprüche begegnen jedoch keine Steuer. Wenn aber berücksichtigt wird, daß nach dem städtischen Haushaltsplan von 1921 für Straßenunterhaltungskosten ohne Neubauten Ausgaben in Höhe von rund 40 Millionen Mark und

Parteifunktionäre und politische Vertrauensleute der USPD.

Am Donnerstag, den 8. September, abends 7 Uhr, findet in den Sophienjahren, Sophienstr. 17/18, eine Konferenz oben genannter Funktionäre statt.

Tagesordnung:

Die politische Lage und die neuen Reichssteuern. Referent: Gen. Dr. Rad. Hilsberg.

Als Legitimation gelten die Funktionärskarte der Partei (Illa) und die Ausweise für politische Vertrauensleute (col).

Seitensverband Berlin-Brandenburg U. S. V. D.

für die Straßeneinigung rund 70 Millionen Mark eingesetzt werden müßten, so erscheint es als durchaus gerechtfertigt und billig, daß diejenigen, welche in erster Linie durch Benutzung und Abnutzung des Straßenpflasters diese Kosten mit verursachen, mit besonderen Abgaben herangezogen werden.

Aus dem Bestreben nach einer möglichst gerechten Verteilung der Steuerlasten ist in den Steuerordnungen bei der Höhe der Steuerlasten auch auf den Aufwand Rücksicht genommen. Wenn in den letzten Tagen unter anderem eine Eingabe des Vereins deutscher Motorfahrzeugindustrieller gegen die neuen Steuern in der Presse veröffentlicht worden ist, so ist zu diesen Ausführungen darauf hinzuweisen, daß die dort erwähnte Reichssteuer nur einmalig beim Kauf des Personenkraftwagens zu zahlen ist, daß ferner das Halten eines Personenkraftwagens in heutiger Zeit mindestens einen Kostenaufwand von 60-70 000 Mark verursacht, und daß demgegenüber eine städtische Steuer von jährlich 3200 Mark durchaus keine übermäßig hohe Belastung darstellt.

Miserelei Geschäftsunsitte

Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß die Bestimmungen der Polizeiverordnung vom 12. Februar 1913 dauernd übertritten werden. Insbesondere wird klage darüber geführt, daß die Verkäufer zum Einwickeln der Waren unsauberes Papier verwenden, daß die Inhaber oder Angestellten bei der Bedienung der Kundenschaft rauchen und daß die zum Verkauf ausgestellten Waren vor dem Einkauf betastet werden.

Im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege werden daher die Bestimmungen der betreffenden Polizeiverordnung nachstehend in Erinnerung gebracht.

Ausgeschlachtete Tiere und rohes Fleisch dürfen auf öffentlichen Straßen und Plätzen nur mit einem reinen und wackelbaren weißen Tuch verpackt, befördert werden. Die zur Beförderung verwendeten Fuhrwerke und andere Behältnisse sind sauber zu halten. Auch dürfen ausgeschlachtete Tiere und rohes Fleisch nur so getragen werden, daß sie gegen Berührung mit den Kopfhaaren, mit Hals und Nacken sowie mit der Kleidung des Trägers durch saubere waschbare Hüllen (Ueberkleider, Kappen, Schürzen) geschützt sind.

Alle Nahrungs- und Genußmittel, die ihrer Art und Beschaffenheit nach leicht Verunreinigungen aufnehmen können, müssen in unbeschädigtem und reinem Papier, das anderen Zwecken noch nicht gedient hat, verpackt und verpackt werden. Aufdrücke der Firma und sonstige der Reklame dienenden Bezeichnungen sind jedoch zulässig.

Den mit der Zubereitung und dem Verkauf oder Feilhalten von Ewaren beschäftigten Personen ist das Rauchen, Schnupfen und Tabakkauen bei ihrer Beschäftigung verboten, auch haben

sie sich besonders reinlich zu halten. Für ausreichende Wascheinrichtungen und Handtücher hat der Geschäftsinhaber Sorge zu tragen.

Das Bestehen der zum Verkauf ausliegenden Früchte, Gad- und Fleischwaren und sonstiger zum Genuß bestimmter Nahrungs- und Genußmittel seitens der Käufer ist verboten und darf von den Verkäufern nicht zugelassen werden. Auch ist das Drücken der Karpen zur Feststellung des Regens und das Schuppen und Abhauen von lebenden Fischen verboten.

Die Aufsichtsberechtigten sind angewiesen worden, gegen die angeführten wieder überhandnehmenden Uebelstände einzuschreiten und die Schuldigen zur Anzeige zu bringen.

Psychotechnische Beratungsberatung

Am 13. September d. J. beginnt auf Veranlassung des Jugendamtes der Stadtgemeinde Berlin, Hauptabteilung III, und der Deputation für Arbeit und Gewerbe, Abteilung Berufsamt, im Laboratorium für industrielle Psychotechnik der technischen Hochschule Charlottenburg, Berliner Str. 171, die Prüfung technisch oder handwerklich begabter Schulkinder, die die Schule verlassen, ein Urteil über ihre Befähigung und bei der Wahl eines technischen Berufes sachverständigen Rat erhalten wollen. Technisch oder handwerklich gut befähigte Knaben oder Mädchen aus allen Groß-Berliner Gemeinde- und höheren Schulen, die daran teilnehmen wünschen, müssen ihre Meldungen am 9. und 10. September d. J. zwischen 9-12 Uhr, im Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin, Neue Friedrichstr. 80, 3 Treppen, Zimmer 31, schriftlich einreichen. Die Prüfungsgebühr für ein Kind beträgt 40 M., dieser Betrag ist bei Abgabe der schriftlichen Anmeldung im Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin, Hauptabteilung III, Neue Friedrichstr. 80 III, zu entrichten. Kindern bedürftiger Eltern kann die Prüfungsgebühr erlassen werden. Anträge auf Erlass der Prüfungsgebühr sind am 9. September d. J. evtl. mit einzutreiben.

Einäscherung unseres Genossen Regener

Die Leiche des Genossen Regener, der bei der Potsdamer Demonstration niedergeschossen wurde, ist gestern im Krematorium, Gerichtsstraße, in feierlicher Weise eingeäschert worden.

Für die Potsdamer Arbeiterkassette sprach im Auftrage des dortigen Gewerkschaftsvereins Genosse Baetjch warme Worte des Gedenkens. Für die U. S. V. D. sprach Grütke, während im Auftrage des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg Genosse Kähler dem toten Kämpfer den letzten Gruß seiner Parteigenossen überbrachte. Die Beisetzung der Urne, die in den nächsten Tagen erfolgen soll, wird noch bekanntgegeben.

Noch ein Gutskäufer verschwunden

Zu den Opfern, die mörderischen „Gutskäufern“ in die Hände gefallen sind, gehört aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein Pächter Paul Wustlich, der seit fünf Wochen vermißt wird.

Wustlich, ein Mann von 36 Jahren, der aus Hammer bei Dresden stammt, besaß ein Bauerntgut in Lubowigslust, im Kreise Grünberg in Schlesien. Am 1. Juni d. J. verkaufte er es und zog vorläufig nach Berlin, mit der Absicht, sich bei Gelegenheit auf dem Lande wieder ansässig zu machen. Er wohnte hier in der Grabender Straße 6 als Untermieter. Auf der Suche nach einem neuen Gut kam er, wie festgestellt wurde, mit einem Agenten in Verbindung. Ob dieser aus Berlin oder aus Breslau ist, weiß man nicht. Wustlich wurde veranlaßt, zu einer mündlichen Besprechung am 31. Juli eine Reise anzutreten und gleich Geld zum Ankauf mitzunehmen. Er steckte 70 000 M. ein und fuhr mit einer Fahrkarte 4. Klasse, die bis Breslau lautete, von hier ab. Seitdem hat er nichts mehr von sich hören lassen. Für die Ermittlung seines Verbleibs ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Ob der Vermißte nach Breslau gekommen oder irgendwohin vertrieben worden ist, vorher auszusagen, sieht sich nicht feststellen.

Die Ermittlungen zur Aufklärung des ganzen Treibens der wegen des Raubmordes an dem Kriegsschickschiffen Schreiber verhafteten drei Burden aus Jarmia belasten diese immer schwerer. Welche ist, wie mitgeteilt, geständig, den Schröder ermordet zu haben, will aber sonst kein Verbrechen dieser Art begangen haben. Er gibt aber zu, daß er mit Scherme und Schimmel gemeinsam Opfer gelacht hat. Scherme leugnet dies entschieden und stellt in Abrede, überhaupt in den letzten beiden Jahren in Berlin gewesen zu sein. Nun vermochte welche aber einen Verleumdung zu nennen, der bekunden sollte, daß Scherme mit ihm zusammen auf einer Auktion in Berlin gewesen sei. Der Verleumdung wurde ermittelt und er erkannte Scherme auch wieder. Das hartnäckige Leugnen des Schimmel und Scherme bestärken die Vermutung der Kriminalpolizei, daß diese ohne Wissen entweder zusammen oder mit anderen Verbrechern auf

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kauf

(Kochzeit verboten.)

Im Frühjahr konnte sie die Sonne nicht mehr ertragen; sie klagte leise, oder weinte, wenn ein Sonnenstrahl ins Zimmer kam. Ihre Fenster mußten dicht verhängt werden und während das weiße Haus in der Sonne stimmerte und mit seinen leuchtenden Fensterreihen nach Glück und Heiterkeit auslief, waren ihre Zimmer nach dem Garten zu dunkel und dumpf. Jeder Wind und jedes Wipfelrauschen vermehrte ihre Unruhe. Bald fing sie an, am Tag zu schlafen und des Nachts zu wandern.

Wie ein Geist glitt sie, immer in ihrem weißen Kleide, die Stiege hinunter, daß ihr die Diensthofen scheu auswichen, oder sich erschreckt an die Wände drückten.

Es war unheimlich in dem iden, großen Haus geworden; die alten Diensthofen gingen und neue kamen, auch die traten aus und andere zogen ein; es war ein beständiger Wechsel, sogar Tina hatte um ihre Entlassung gebeten. „Do werd m'r selber noch verrückt,“ meinte sie. Alle Anhänglichkeit an ihre Herrin war geschwunden, seit sie sie nur mit Grusel ansehau konnte.

Dafür wohnte der alte Hannes wieder in seinem kleinen Zimmer. Das hatte Alwine, hartnäckig wie sie sein konnte, durchgesehen. Nicht etwa, weil sie es als eine Pflicht der Dankbarkeit empfunden hätte, oder den Alten als zum Haus gehörig betrachtete.

Sie erwog: Das gehört sich nicht, daß der alte Knecht nun sein Leben bei fremden Leuten elend fristet; darüber werden die Leute reden, also muß er wieder her.

„Dir kommt's ja nur drauf an, was die Leute sagen, sonst kann er deinetwegen in einer Ecke verkommen,“ bemerkte der Vater bitter. „Was die Leute sagen, ist dein Evangelium; du hast kein Gefühl für deine Mutter. Du suchst sie nur ängstlich zu verbergen und sorgst, daß nichts nach außen kommt, deinetwegen. Was sagen denn die Leute, he? Was sagen sie?“ lachte er plötzlich und hielt ihr die Faust unter die Augen: „Daß du eine verrückte Mutter hast, und eine Schwester — na ja, na ja, in England wollen wir sagen, und einen Bruder, der ein Lump war, und einen Vater, der unfähig ist — — — laß gut sein, es ist eine wirkliche Schmach für dich, die du so patent bist! Hoffentlich läßt dich dein Schwollkopf nicht fügen.“

Er brach ab und schlich sich zur Mutter, wahrhaftig, ein alter, alter Mann.

Manchmal, wenn er so verstört und gebrochen bei seiner Frau eintrat, und sie ihn erkannte, nahm sie ihn in die Arme, streichelte ihn, und wiegte ihn, fast wie man ein Kind wiegt, und der Mann vergaß, daß sie krank war, er spürte nur die mütterliche Wärme und fing still zu klagen an:

„Es ist schrecklich, alt zu werden, Mutter, ich fürchte mich so. Alle Tage fürchte ich mich. Ich kann es nicht aushalten! Wieder jung sein, Kraft haben, an sich glauben können, ein Leben vor sich sehen, lieben können! Könnte man doch alles vergessen, noch einmal leben, alles anders machen!“

Er versank in Brüden und war unfähig, sich zu erheben. Er ließ sich trösten und streicheln und schliefte sich erst spät in der Nacht auf sein Zimmer, um sich einzuschließen. Die Mutter dagegen begann ihre nächtlichen Wanderungen. Keine Tür durfte verschlossen sein, sonst fing sie zu toben an. So suchte sie Nacht für Nacht im Hause umher, die granen Köpfe herabhängend, abgemagert, mit großen, unheimlichen Augen. Selbst Alwine ging ihr gern aus dem Wege, wenn sie ihre Wanderungen begann, leise mit den Händen klaffend. Sie kam in die Küche, öffnete alle Schränke, sah in die Speisekammer, stieg in die Keller; ja sogar in die Ställe schlich sie zum Vieh. Manchmal, in mond hellen Nächten, saß sie an ihrem alten Platz im Speisezimmer, und sprach und redete in alter Weise sanft und einbringlich.

Auch in den Garten trat sie, wenn der Mond recht hell schien; dann stieg sie über die Beete, pflückte Blumen, die sie gleich wieder verstreute, oder nahm gar Bohnen ab; am Morgen stand oft ein großer Korb voll in der Küche.

„s hat heut Nacht wieder gegeistert,“ sagten dann die Diensthofen.

Es war ihnen gruselig, die weiße Gestalt zu sehen, die wie ein Schatten an ihnen vorüberglitt, vor sich hinhinmurmelt, oder gar mit kläglichem Lächeln vor sich hinfingelt. Kam sie nach den nächtlichen Gängen aus ihr Zimmer zurück, so wurde sie erst recht unruhig. Lauter und lauter klaffte sie in die Hände, wie wenn hohe Wellen an die Schiffswand schlugen und zuletzt in großen Räumen gegen ihre Planken stürzten, um das große Ungetüm, das sich verzehens wehrte, zu verhängen.

„Jetzt hab' ich sie alle tot gemacht, jetzt hab' ich sie alle ertränkt,“ lachte sie dann und konnte sich freuen wie ein Kind.

„Aber der Peter ist nicht tot; der Peter kommt, morgen kommt der Peter, heut' kommt er; ich hab dich ja nicht vergessen, ich hab dich ja am liebsten! Es ist nicht wahr, daß ich das kleine Kind lieber hab! Komm nur, dann wirst du's sehen.“

Längst hatte Alwine ihrem Vater auseinandergesetzt, daß es auf die Dauer nicht so weiter ginge, die Mutter müsse in eine Anstalt.

„Tut sie dir etwas? Ist sie dir im Weg? Hindert sie dich etwa an deiner Heirat? Solange ich lebe, bleibt sie hier,“ sagte ihr Vater. „Deinetwegen soll sie wohl fort? Ja? — Was sagen denn die Leute? He? was sagen sie denn?“

„Meinetwegen? Ich kann ja gehen, wann ich will. Meinst du denn, ich bin aus purer Freude hier? Es macht mir etwa Spaß, das alles? Ich bin aus Pflicht hier, daß du's nur weißt, ich könnte längst heiraten. Meinst du nicht, daß es netter wäre, in ein schönes gediegenes, frohes Haus einzuziehen, anstatt sich hier in dieser Unglückshöhle zu grübeln?“

„Geh doch fort! Geh schnell fort, damit es ja deinen Schwollkopf nicht gereut!“

„Das werd ich auch so bald als möglich,“ bemerkte Alwine trocken, „ich will nur noch meine Pflicht tun.“

„Pflicht, Pflicht!“ rief außer sich ihr Vater. „Wie ich das Wort hasse! Tu nur deine Pflicht, damit die Leute sagen: seht, das ist die Einzige vom Felsenbrunner Hof, die an ihre Pflicht denkt.“

Immer weniger kümmerte sich der Herr um sein Gut, um Feld und Vieh und Hof.

Der Kuno gab alles an, und hinter ihm drein schlich der alte Hannes und spuckte aus vor Ingrimm über die heillosen Wirtschaft. Wenn er hätte dreinfahren dürfen! Ja, wenn er nur hätte reden dürfen! Aber ihn hätte der Herr mit den Hundepfische vom Hof gejagt!

Käufer kamen und gingen wieder. Juden spuckten frech auf die schönen weißen Treppentufen und erfüllten die Ställe mit widerlichem Handel und Streit. Bald ging in der ganzen Gegend ein Murren, daß ganz im stillen ein Stück Grund und Boden um das andere, ein Feld nach dem andern abgegeben würde. Da ein Fehen, dort ein Fehen. Was um den Weiser herum lag, kam in Thomannschen Besitz. Gegen das Haus zu kriegten es die Juden und fremde Untertändler.

(Fortsetzung folgt.)

